

Stadtplanung am Scheideweg

Ein Zwischenruf aus der Sicht der Grünpolitik
von Rosemarie Heilig

Frankfurt auf dem Weg zur Millionenstadt? Die Einwohnerzahl wächst kontinuierlich, auch die Arbeitsplätze, die Pendlerzahlen, die Studierenden, die Übernachtungsgäste. Alles drängt in eine Stadt, die flächenmäßig gerade mal so groß ist wie Erfurt.

Also bauen, bauen, bauen? In den letzten 20 Jahren ist die Anzahl der Wohnungen schon um über 20 Prozent gestiegen, das entspricht in etwa der Steigerung der Einwohnerzahl. Entlastung hat das nicht gebracht. Wohnen wird teurer und teurer. Für möblierte Mikroapartments werden 1000 Euro aufgerufen, 40 Euro pro Quadratmeter. Und gerade die exorbitanten Neubaumieten schlagen auf den gesamten Wohnungsmarkt durch.

Frankfurt hat in einem mustergültigen integrierten Planungsprozess untersucht, wo noch Potenzial für neue Siedlungen wäre. Die Bebauung des Pfingstbergs oder der „Grüne Soße Felder“ in Oberrad verbietet sich aus klimatischen Gründen. Und auch die Nachverdichtung stößt schnell an Grenzen. Einzelne Beispiele wie die Aufstockung der Platensiedlung funktionieren zwar sehr gut, aber angesichts einer immer heißer werdenden Innenstadt brauchen wir auch dort die verbliebenen grünen Oasen.

Frankfurt kann auch nicht alle Lasten der Stadtentwicklung an die Region delegieren, damit es selbst grün bleibt. Auch die Region braucht ein Gleichgewicht von Wohnungsbau, Wirtschaftsentwicklung, Infrastruktur und Grünplanung. Etwas weniger großstädtische Arroganz in Frankfurt und etwas weniger Kirchturmdenken in der Region täte beiden Seiten gut, um zu einem Konsens über unsere gemeinsame Zukunft zu kommen.

Wir alle gemeinsam müssen uns fragen, können wir uns überhaupt noch eine flächenmäßig bedeutsame Versiegelung in unseren Städten leisten, die schon jetzt so überhitzt sind, dass wir eigentlich gegensteuern müssen. Was hilft ein neues Wohngebiet, wenn wir den Kampf gegen die Klimaerwärmung verlieren?

Lösungen in diesem Interessenskonflikt rund um die raren Flächen sind nicht einfach. Aber eine Lösung ist die schädlichste: So zu tun, als wäre dieser Interessenskonflikt mit ein wenig klugem Verwaltungshandeln oder einschlägigen Parolen auflösbar. Nein, wir – Stadt und Land - müssen einige unbequeme Wahrheiten zur Kenntnis nehmen:

1. Wir lösen den Interessenkonflikt um die raren Flächen nicht allein auf Frankfurter Gebiet.
2. Das Umland kann andererseits nicht auf Dauer auf lokaler Identität beharren und gleichzeitig von der Infrastruktur und den Arbeitsplätzen der Großstadt profitieren.
3. Ohne einen Paradigmenwechseln in der Umwelt- und Verkehrspolitik lösen wir kein einziges Problem wirklich nachhaltig – weder in Frankfurt noch in der Region.

Wenn wir – entweder frustriert oder erleichtert – zur Kenntnis nehmen, dass Eingemeindungsdebatten keine Zukunft haben und nicht mehrheitsfähig sind, eines gilt unumstößlich: Lokale Identität gerne, aber nicht, in dem man sich in einer informellen Metropolregion nur die Sonderangebote aus den Regalen des politischen Selbstbedienungsladens herausholt. Die Umlandgemeinden delegieren Arbeit und Mobilität an die Großstadt und die Großstadt delegiert das Schlafen in die Region – so kann es nicht funktionieren!

Wenn sich in der Regionalen Planungsversammlung tatsächlich keine Mehrheit für den neuen Stadtteil an der A 5 finden sollte, was wären dann die Alternativen? Unterstützt die Region die Initiative von Wirtschaftsminister Tarek Al Wazir für den „Frankfurter Bogen“ – eine konzentrierte Siedlungsentwicklung im 30-Minuten S-Bahn-Radius um die Mainmetropole? Wie werden bei diesem Konzept die Regionalen Grünzüge und die Luftleitbahnen gesichert? Wie verhindert man eine weitere Zunahme des Individualverkehrs an den Frankfurter Stadtgrenzen. Wie viel „Zerfransung“ der Stadtgrenzen akzeptieren wir?

Wenn es ein Zauberwort gibt, dann eben nicht Bauen um jeden Preis und Verdichten egal wo - das Zauberwort heißt Region! Regionalpolitik muss ganz oben auf der Agenda stehen. Und insbesondere eine Regionalpolitik die vom Grün her gedacht und geplant wird.

Beispiel Verkehr: Indem wir durch neue Siedlungen – sei es an der A 5 oder im „Frankfurter Bogen“ - mehr Pendlerverkehr in die Stadt ziehen, legen wir uns planerisch auf Dauer selbst lahm. Frankfurt muss dem Beispiel anderer europäischer Metropolen folgen, die Innenstadt wird autofrei. Das sollte man bei jeder Neuplanung mitdenken.

Beispiel Grünplanung: Rhein-Main hat nicht wie andere Metropolen DEN Central Park oder DEN Hyde Park, sondern ein Netz, teilweise auch Patchwork aus ganz unterschiedlichen und v.a. unterschiedlich genutzten Grünflächen. Eine kluge Regionalplanung und Landschaftsplanung hat schon früh Wälder, Bachläufe und Grünräume zwischen Städten gesichert, damit Siedlungen nicht gestaltlos ineinander wachsen. Statt der „Strips“, wie wir sie aus den USA oder inzwischen auch Frankreich kennen, hat bei uns fast jede Stadt noch einen grünen Ring, auch einen Bezug zu Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Weinbau oder Gärtnerei. Diese Grünflächen dienen nicht nur der Freizeitgestaltung und Erholung, sie sorgen für Abkühlung und frische Luft an heißen Tagen, sie nehmen Regenwasser auf und beugen damit Überschwemmungen an anderer Stelle vor. Sie sind Heimat von seltenen Tieren und Pflanzen, die im ländlichen Raum aufgrund einer hochindustrialisierten Landwirtschaft keinen Lebensraum mehr finden.

Doch ihre Kraft erhalten alle diese Flächen erst mit einer übergreifenden Planung, die eine sinnvolle Verbindung untereinander schafft. Der Frankfurter GrünGürtel würde ächzen, umgeben von dichter, versiegelter Bebauung. Ihn durch landschaftliche grüne Strahlen mit der Region zu verbinden, ist der richtige Ansatz.

Zur Wahrung der wirtschaftlichen Attraktivität, zur Bewältigung des derzeit hohen Drucks von Seiten der Wohnraumentwicklung wie auch zum Erhalt der hohen Lebensqualität braucht die Region Frankfurt/ Rhein-Main eine abgewogene Planung für Wohnraumentwicklung, Verkehrserschließung und Freiflächenentwicklung. Dies wird in Frankfurt/ Rhein-Main dann gelingen, wenn die Entscheidungsträger auf Augenhöhe kooperieren und sich über die gemeinsame Verantwortung und die gegenseitigen Abhängigkeiten bei der Entwicklung der Region bewusstwerden.

Politik darf nicht die Getriebene einer Entwicklung sein, sondern muss steuern und gestalten. Durch eine internationale Bauausstellung für das Rheinmaingebiet, die unter der Überschrift „Regionale Entwicklung in Zeiten des Klimawandels“ durchgeführt würde, könnten viele Fragen beantwortet werden.